



**Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL**  
Vorsitzender des Kreisverbandes  
Pforzheim / Enzkreis  
Geschäftsstelle  
Blücherstr. 7a  
75177 Pforzheim  
Telefon: 07231 / 52 792  
Fax: 07231 / 53 291  
[fdp-pf-enz@t-online.de](mailto:fdp-pf-enz@t-online.de)

## **Newsletter April 2011**

### **„Haushaltsroulette, Lehrerverknappung und Wirtschaftslenkung**

—

### **Grün-Rot gerät zum Stresstest für Baden-Württemberg“**

Liebe Mitglieder, Interessierte und Freunde der FDP,

seit der Landtagswahl vom 27. März 2011 hat sich vieles in Baden-Württemberg und auch in der Freien Demokratischen Partei getan. Ich bin froh, auch unter diesen besonderen Umständen mein persönliches Wahlziel erreicht zu haben, mit einem im Vergleich zur FDP im ganzen Land überdurchschnittlichem Ergebnis in meinem Wahlkreis wieder in den Landtag einzuziehen. Der intensive Wahlkampf, den ich im Enzkreis geführt habe, hat sich gelohnt. Daher danke ich noch einmal jedem einzelnen Wähler für sein Vertrauen sowie allen meinen Unterstützern und Wahlkämpfern für den engagierten Einsatz.

Das zweite große Ziel, die schwarz-gelbe Erfolgskoalition, die Baden-Württemberg in den vergangenen Jahren in nahezu allen Feldern der landespolitischen Kompetenz auf deutsche oder sogar europäische Spitzenplätze geführt hat, fortzusetzen, ist gescheitert. Die Grünen und die SPD werden wohl unter Winfried Kretschmann die neue Regierung bilden. Gewonnen haben die Grünen und die Sozialdemokraten diese Wahl allerdings mit Themen, die allenfalls teilweise in die Zuständigkeit des Landes fallen. Laut einer Blitzumfrage der Forschungsgruppe Wahlen vom 27. März 2011 bewerteten 41 Prozent der Befragten das Thema Kernenergie unter dem Eindruck des Reaktorunglücks in Fukushima als wichtigstes Thema der Wahl. 29 Prozent gaben an, das wichtigste Thema für die Wahlentscheidung sei Stuttgart 21 gewesen. Erst auf Rang drei, bei 22 Prozent, rangiert mit dem Thema Schule und

Bildung eine klare landespolitische Kernkompetenz. Insofern kommentiert die Financial Times Deutschland das Wahlergebnis trefflich: „Wenn er ehrlich ist, kann der künftige Stuttgarter Ministerpräsident nicht behaupten, dass er ein Mandat etwa für die Bildungsreform hätte, die in den Programmen von Grünen und SPD steht. Kretschmann hat ein Mandat für den Atomausstieg.“ Allerdings ist Herrn Kretschmann überraschenderweise unmittelbar nach der Wahl wieder eingefallen, dass der Atomausstieg eigentlich Bundessache sei. Das jedenfalls hat er im ZDF erklärt.

Ich bin gespannt, wie solch jähe Kehrtwenden nach der Wahl bei den Organisatoren der Mahnwachen und Massendemonstrationen ankommen. Die Gruppe der Stuttgart 21-Gegner bröckelt innerlich schon. Von den „Parkschützern“ hat sich inzwischen eine Gruppe mit dem Namen „Aktive Parkschützer“ abgespalten, die mit neuem Feindbild weitermarschiert: Statt „Mappus weg!“ skandieren sie nun „Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!“ Um der freiheitlich-demokratischen Grundordnung willen muss man hoffen, dass sie aus blanker Geschichtsunkennntnis auf diese kommunistische Hetzparole zurückgreifen.

Stuttgart 21 steht nicht nur zwischen den gemäßigeren und radikaleren „Parkschützern“, sondern auch zwischen den Grünen und der SPD. Während die Sozialdemokraten die verfassungsrechtlich fragwürdige Volksabstimmung durchsetzen wollen, fürchten sich die selbsternannten grünen Basisdemokraten, die vor wenigen Wochen noch unter dem Stichwort Bürgerbeteiligung die Demokratie ganz neu erfinden wollten, nun anscheinend davor, dass die Bürgerinnen und Bürger dem Zukunftsprojekt am Ende mit deutlicher Mehrheit zustimmen könnten. In Anlehnung an Willy Brandt zusammengefasst: „Wir wollen mehr Demokratie wagen – aber bitte nur, solange alle unserer Meinung sind“. Einen feinen Koalitionspartner haben sich Brandts politische Erben im Südwesten da ausgesucht. Es steht zu befürchten, dass beide Seiten um des Koalitionsfriedens willen den angekündigten Stresstest für eine politisch zielgerichtete Kostentreiberei ausnutzen werden, um somit den Hauptinvestor Deutsche Bahn trotz bestehenden Baurechts finanziell zu vergraulen. Was es für das Investitionsklima in Baden-Württemberg bedeutete, wenn Grün-Rot mit dieser Strategie durchkommen sollte, dazu bedarf es keiner weiteren Erklärung.

Jenseits der plötzlichen Abkehr vom Demonstrationpopulismus zeichnet sich auf verschiedenen Gebieten schon ab, wie sehr Baden-Württemberg bei diesem grün-roten Stresstest an den Bürgern eine wirklich liberale Oppositionsstimme brauchen wird. Das

unbequeme Thema Haushaltskonsolidierung etwa haben die Grünen und die SPD schon am zweiten Tag der Koalitionsverhandlungen einvernehmlich auf die lange Bank geschoben. Die SPD läuft ja schon seit Jahren in Spendierhosen durch das Land. Den Kommunen wird mehr Geld versprochen, den Eltern wird versprochen, dass künftig kein Unterricht mehr ausfällt, alle Landesstrassen will man sanieren und gleichzeitig noch den Haushalt ausgleichen. Kein Wunder, dass man da lieber erst mal nicht konkret wird. Hielt die FDP es nach zwei ausgeglichenen Haushalten der schwarz-gelben Regierung in den Vorkrisenjahren 2008 und 2009 für durchaus realistisch, dies ab 2014 wieder zu erreichen, so sehen die Grünen und die SPD dies erst für 2019 vor – soll heißen, irgendwann einmal nach der nächsten Landtagswahl. Die kommenden Generationen dürfen sich auf eine noch höhere Zinslast gefasst machen. Nordrhein-Westfalen lässt grüßen! Wer hoffte, dass die Verschuldungspolitik wenigstens der Situation an den Schulen zugutekäme, der wurde inzwischen auch schon eines Besseren belehrt. Entgegen ihrer Ankündigungen im Wahlkampf, die infolge rückläufiger Schülerzahlen freiwerdenden Ressourcen zugunsten von kleineren Klassen und individueller Förderung an den Schulen belassen zu wollen, haben die Grünen und die SPD in ihren Koalitionsverhandlungen kurzerhand beschlossen, nun doch lieber Lehrerstellen zu streichen.

Wirtschaftspolitisch haben die Grünen einen „Green New Deal“ angekündigt, mit dem sie Baden-Württemberg zum „ökologischen Musterlände“ umbauen und zugleich tausende neue Arbeitsplätze schaffen wollen. Die konkreten Methoden, die den Grünen dabei vorschweben, riechen nach staatlicher Wirtschaftslenkung par excellence, um nicht zu sagen, nach Planwirtschaft. Wenn eine angehende Regierungspartei sich beispielsweise anschickt, den Unternehmen im Land zu erzählen, welche Produkte sie zu entwickeln, herzustellen und zu verkaufen haben, weil sie glaubt, die Nachfrage auf den globalen Märkten und die unternehmerischen Risiken besser beurteilen zu können als die Unternehmen selbst, dann wird es kritisch. Im Wahlprogramm der Grünen heißt es:

„Die baden-württembergischen Autohersteller und Zulieferer stehen vor enormen Herausforderungen: Ihr bisheriges Konzept, überwiegend mit großen Premiumwagen eine ausreichende Wertschöpfung zu erzielen, birgt erhebliche Risiken. Gerade in diesem Marktsegment waren in der jüngsten Wirtschaftskrise die höchsten Einbrüche zu verzeichnen. „Downsizing“ lautet die zaghafte Antwort aus der Industrie. Wir haben ein ökologisches „Premium“-Entwicklungsziel. Das Motto lautet: kleiner, leichter und effizienter. Die letzten zwei Jahre haben gezeigt, dass die europäische Nachfrage nach kleinen, leichten, energieeffizienten Autos immer mehr steigt.“

Genau das meint Herr Kretschmann, wenn er jetzt einen „ökologischen Umbau“ der Wirtschaft des Landes ankündigt. Das sind sozialistische Vorstellungen. Mit Marktwirtschaft, ganz gleich ob sozialer oder sozial-ökologischer Ausrichtung, hat das nichts mehr zu tun.

Wirtschaftslenkung hat noch niemals für einen dauerhaften Wohlstandgewinn gesorgt. Das Argument, die öffentliche Steuerung privater Investitionen hin zu ökologischen Zukunftstechnologien, oder solchen, welche selbsternannte grüne Technologieexperten gerade für Zukunftstechnologien halten, schaffe mehr Arbeitsplätze als die freien, Investitionsentscheidungen der Unternehmen, ist an Selbstüberschätzung kaum zu überbieten.

Das Bremer Energieinstitut und das Institut für Wirtschaftsforschung Halle kommen zu dem ernüchternden Ergebnis, dass die öffentliche Förderung der Erneuerbaren Energien durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) überhaupt keinen positiven Beschäftigungseffekt hat. Der Verlust von volkswirtschaftlicher Kaufkraft durch die erhöhten Strompreise und die Verdrängung privater Investitionen durch die öffentliche Förderung kosten demnach mehr Stellen als die Förderung neue Stellen schafft. Das Stuttgarter Institut für Energiewirtschaft und Rationelle Energieanwendung bilanziert, dass „das EEG keine dauerhaft positiven Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt erzielen kann, sodass die beschäftigungspolitische Begründung der Förderung der erneuerbaren Energien nicht zu bestätigen ist.“ Kurzum: Mit dem Zauberwort „Green New Deal“ ist es nicht weit her. Bestenfalls wird Baden-Württemberg dadurch ökologischer, aber kaum reicher an Arbeitsplätzen.

Ich bezweifle sogar Ersteres. Schon durch das EEG, das die rot-grüne Bundesregierung hinterlassen hat, haben wir teilweise die Situation, dass an bestimmten Standorten nicht in die unter den dortigen Umwelteinflüssen effizientesten und ökologischsten Technologien zur Energieerzeugung investiert wird, sondern eher in diejenigen Technologien, welche durch die im EEG festgeschriebenen Einspeisevergütungen am höchsten subventioniert werden. Es ist daher auch richtig, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung jüngst beschlossen hat, die Vergütungen gerade für den Solarstrom vorzeitig zu senken. Aber die Grünen und die SPD in Baden-Württemberg glauben wieder einmal, alles besser zu wissen als Anbieter und Verbraucher am Markt. Die Frankfurter Rundschau – eine Zeitung, die nicht gerade im Verdacht steht, die Grünen über Gebühr zu kritisieren – schrieb über den Wahlausgang: „Sollte das politische Experiment in Baden-Württemberg einen über das Land hinausgehenden, zumal ökologischen Sinn haben, dann besteht er darin: Ausprobieren, wie viel den Menschen zuzumuten ist.“

Guido Westerwelle hat sich nach den Wahlniederlagen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz dazu entschieden hat, nicht noch einmal für den Parteivorsitz der FDP zu kandidieren. Am öffentlichen Vertrauensverlust, den viele Bürgerinnen und Bürger an Guido Westerwelles Person festmachen, hatten wir am 27. März schwer zu tragen. Er hat es versäumt, wesentliche Wahlversprechen der FDP konkret in die Koalitionsvereinbarung der Bundesregierung einfließen zu lassen und umzusetzen. Leider bin ich, als ich schon im Dezember gemeinsam mit Kollegen aus anderen Ländern diesbezüglich das Gespräch mit ihm gesucht habe, nicht weitergekommen. Auf dem Bundesparteitag im Mai hat Philipp Rösler nun die Chance auf einen Neuanfang. Ich kenne ihn als einen engagierten und kompetenten Politiker, der auch als Person unsere Partei wieder sympathischer darstellen kann. Wir sollten ihn geschlossen dabei unterstützen. Lassen wir uns nicht einreden, er sei zu weich für die Aufgabe bzw. der Neuanfang sei zu wenig radikal, da nicht mehr Köpfe gerollt seien. Hätte Rösler auch auf die Ablösung Westerwelles als Außenminister bestanden und Brüderle als Wirtschaftsminister vertrieben, so hätten die gleichen Leute geschrieben, da mobbe sich ein brutaler Neoliberaler den Weg an die absolute Macht in der FDP.

Manche Medien – damit müssen wir wohl leben – kritisieren jede Entscheidung innerhalb der FDP, egal wie sie ausfällt. Nehmen wir Herrn Jörges vom Stern, der seinen Lebensunterhalt damit bestreitet, dass er die Rolle des Hasspredigers gegen die FDP in den Talkshows besetzt. Dieser Mensch hat es fertig gebracht in der gleichen Talkshow („Hart aber Fair“) erst zu kritisieren, Rösler gehe nicht brutal genug vor, um dann zu beklagen, man sei mit Westerwelle unanständig umgegangen, da man ihn kritisiert habe, als er auf Auslandsreise gewesen sei. Nehmen wir all jene, die immer erklärt haben, Steuersenkungen seien nicht zu bezahlen, um dann den FDP-Vorschlägen zu Steuervereinfachungen vorzuwerfen, diese brächten ja kaum Entlastungen. Den Gipfel aber erreichen die vormaligen Friedensapostel, die damals Schröder als Friedensengel feierten, weil er im Irak nicht mitgemacht hat, jetzt aber Westerwelle vorwerfen, er isoliere durch seine Libyenpolitik unser Land in der Nato. Hätte die Bundesregierung anders entschieden, hätten uns dieselben Leute als Kriegstreiber beschimpft, denen es um die Interessen der Waffenlobby gehe und wahrscheinlich hätte auch jemand eine Parteispende von jemandem an die FDP entdeckt, der auch Aktien eines Rüstungskonzerns besitzt. Die Entwicklung in Libyen zeigt, dass die Einschätzung der Bundesregierung richtig war. Mit Luftangriffen ist es nicht getan. Entweder man überlässt Gaddafi den Sieg, oder man geht mit Bodentruppen in das Land hinein. Das kann man wollen. Warum dann aber damals im Irak nicht? Zur Erinnerung: Saddam Hussein hat die Kurden in

seinem Land mit Giftgas massakriert. Er war sicher nicht besser als Gaddafi. Und mit dem Vorwurf, es gehe in Wahrheit ums Öl wird man auch in Libyen zu rechnen haben.

Über die Frage, wie mit dem Rücktritt des FDP-Landesvorstandes in Baden-Württemberg umzugehen ist, haben wir im FDP-Kreisvorstand Pforzheim / Enzkreis intensiv diskutiert. Wir sind im Kreisvorstand einhellig zu dem Ergebnis gelangt, dass der Ausgang der Landtagswahl nicht an der Arbeit oder dem Einsatz der bisherigen Landesvorsitzenden gelegen hat. Birgit Homburger hat in den vergangenen Jahren hervorragende Arbeit geleistet. Es kann nach der Wahlniederlage vom 27. März auch nicht im Interesse der FDP Baden-Württemberg sein, Birgit Homburger in ihrer Aufgabe als Vorsitzende der Bundestagsfraktion zu schwächen. Wir brauchen die starke Stimme der Fraktionsvorsitzenden im Bund gerade jetzt. Sie verdient weiterhin den Rückhalt ihres Landesverbandes. Die Delegierten des FDP-Kreisverbandes Pforzheim / Enzkreis werden sie deshalb auf dem Landesparteitag am 7. Mai unterstützen.

Um mich künftig stärker auf die Oppositionsarbeit in Stuttgart konzentrieren zu können, habe ich mich dazu entschieden, den Fraktionsvorsitz im Pforzheimer Gemeinderat abzugeben. Die Fraktion hat Philipp Paschen einhellig zu meinem Nachfolger gewählt. Als Stadtrat werde ich die Fraktion und ihre neue Spitze aber weiterhin unterstützen. Professor Dr. Bernd Noll folgt im Amt des Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden im Gemeinderat Monika Descharmes.

Liebe Mitglieder, Interessierte und Freunde der FDP, Ihnen allen und Ihren Familien wünsche ich ein frohes und erholsames Osterfest!

Ihr

Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL

Kreisvorsitzender